

Stellungnahme der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

zur aktuellen energiepolitischen Debatte

I. Einleitung

2050 werden rund neun Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben und nach Wohlstand streben. Die Anzahl der PKW wird sich Prognosen zufolge bis 2050 im Vergleich zu heute fast verdreifachen. Ein Deutscher verbraucht heute rund 50.000 kW/h Energie pro Jahr, ein Chinese weniger als 1/3 hiervon. Bis 2050 wird sich die globale Energienachfrage verdoppeln und auch die CO₂-Emissionen werden weiter steigen, wenn politisch nicht gegengesteuert wird. Energie bildet für die meisten Staaten noch heute den Schlüssel zu mehr Wohlstand. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Förderkosten für Erdöl- und Erdgas trotz Fortschritten bei der Fördertechnologie steigen und somit gemeinsam mit dem Nachfrageanstieg mittelfristig eine Verteuerung dieser fossilen Brennstoffe zu erwarten ist. Ferner sind fossile Brennstoffe endlich und viele Förderländer, insbesondere von Öl und Gas, politisch problematisch oder instabil. Eine kluge Energiepolitik muss dies im Blick haben und neben einer weiteren Steigerung der Energieeffizienz auch auf eine Diversifizierung des Energiemixes, beispielsweise im Transportsektor, sowie auf eine Reduzierung der Abhängigkeit von Öl und Gas setzen.

Die EU steht zudem vor einem gewaltigen Umbau ihrer Energieinfrastruktur, allen voran im Strom- und Gasbereich. Wenn die CO₂-Abscheidung und -speicherung Realität werden soll, muss zudem die Kapazität für den CO₂-Transport aufgebaut werden. Von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der nationalen wie europäischen energie- und klimapolitischen Ziele werden der Umbau der Stromerzeugung sowie die Vervollständigung der Energiebinnenmärkte sein. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gestaltet diesen Transformationsprozess schon heute aktiv mit. Dabei zielt sie stets auf eine realistische Umsetzung der politischen Zukunftsvisionen. Dabei dürfen die Endverbraucher und die kleinen und mittleren Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden. Wirtschaftliches Wachstum muss auch künftig möglich sein. Nur dann können wir den Wohlstand auch für künftige Generationen sichern.

Angesichts dieser Herausforderungen hat der Europäische Rat bereits 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft beschlossen, den Anteil erneuerbarer Energien in der EU bis 2020 auf 20% zu steigern, den Energieverbrauch in der EU gegenüber den Prognosen für 2020 um 20% und die CO₂-Emissionen im gleichen Zeitraum um mindestens 20% zu verringern. Ziel des Europäischen Rates war die langfristige Sicherung der Versorgung mit Energie. Die CDU/CSU-Gruppe steht hinter diesem Ziel: Energie muss auch in Zukunft sicher, nachhaltig und bezahlbar bleiben. Dies gilt für alle Verbraucher.

Seitdem ist bereits viel geschehen, damit diese Ziele erreicht werden. Hierzu gehören unter anderem die Reform des Emissionshandels, die ab 2013 in Kraft treten wird, die Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die Neufassungen der Öko-Design-Richtlinie und der Richtlinie über die Energiekennzeichnung, die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien und auch die Richtlinie zu CO₂-Abscheidung und -speicherung. Die CDU/CSU-Gruppe hat sich dabei stets für realistische Lösungen eingesetzt. Es ist uns zudem vielfach gelungen, unnötige Bürokratie zu verhindern.

Heute sind daher zwei Dinge wichtig: Zum einen muss die praktische Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen erfolgen und zum anderen brauchen wir realistische Ziele für 2050. Angesichts der stark divergierenden Ansichten innerhalb des Europäischen Parlaments, sollte sich die CDU/CSU-Gruppe frühzeitig positionieren und geschlossen auftreten, um mit ihrem politischen Gewicht diese wichtige Diskussion mitzugestalten. Alleine wird sie ihre Vorstellungen jedoch nicht durchsetzen können. Die CDU/CSU-Gruppe ist auf Verbündete angewiesen.

II. Energiemix der Zukunft - Versorgungssicherheit dauerhaft sichern

Europa kann auf keinen einzelnen Energieträger verzichten. Versorgungssicherheit ist nur denkbar mit einem breiten Energiemix. Diese Einsicht berührt nicht das Recht eines jeden Mitgliedstaates, seinen Energiemix selbst zu bestimmen. Dieses im Vertrag von Lissabon fixierte Recht ist vom Europäischen Parlament auch im Hinblick auf weitergehende, verbindliche nationale Ziele für den Anteil erneuerbarer Energie zu respektieren.

Natürlich wird sich der Energiemix ändern. So werden erneuerbare Energien eine wachsende Bedeutung im Energiemix einnehmen. Das darf aber nicht zu einem stetig ansteigenden Strompreis führen. Um den Preisanstieg zu bremsen, müssen sowohl große Strommengen kostengünstig gespeichert werden können, als auch erneuerbare Energien effektiv ausgebaut werden. Letzteres bedeutet, dass die Energiegewinnung aus Sonnenkraft, Wind und Wasser dort unterstützt werden sollte, wo die günstigsten naturräumlichen Gegebenheiten herrschen.

Hierzu ist es dringend notwendig, alle erneuerbaren Energien in den Binnenmarkt zu integrieren. Die CDU/CSU-Gruppe fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, als Zwischenschritt, intensiv über den bereits 2008 eingebrachten Vorschlag eines Handels mit Herkunftsnachweisen erneuerbarer Energieproduktion zu beraten. Das würde Investitionen in naturräumlich sinnvolle Standorte beschleunigen und die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien dämpfen. Wir wollen mittelfristig einen Subventionswettbewerb in Europa vermeiden, so dass langfristig die bestehenden Einspeisesysteme auf eine gemeinsame Basis gestellt werden sollten.

Generell wird die Elektrifizierung der Gesellschaft weiter voranschreiten, die Versorgung mit Strom immer wichtiger werden. Die Bedeutung von Erdgas wird aufgrund der geringeren CO₂-Intensität sowie der guten Eignung als Back-up-Kapazität für schwankende Stromeinspeisung aus bestimmten erneuerbaren Energieträgern weiter zunehmen, zumindest bis entsprechende Speicherkapazitäten vorhanden sind. Die Bedeutung von Erdöl muss im Transportsektor und in der Industrie deutlich sinken. So sind im Verkehrsbereich neben Strom auch Erdgas und Wasserstoff als Energiequelle interessante und weiter zu erforschende Alternativen. Und während in Deutschland die Kernkraft nur als Brückentechnologie in ein Zeitalter erneuerbarer Energien angesehen wird, setzen andere Mitgliedstaaten weiter auf diese nahezu CO₂-freie Energiequelle und sehen in ihr allenfalls eine Brücke zur Kernfusion. Zahlreiche weitere Energieträger kommen hinzu: Abfall, Biomasse, Wasser, Kohle, in fernerer Zukunft vielleicht die Kernfusion.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich für einen breiten Energiemix in der EU ein, weil Vielfalt ein wichtiger Garant für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung darstellt. Es gilt Abhängigkeiten, sei es von Import- und Transitländern aber auch von

Energiequellen zu vermeiden.

Die CDU/CSU-Gruppe lehnt einen Ansatz ab, der auf einseitige Lösungen setzt.

Die CSU/CDU-Gruppe fordert, den Ausbau erneuerbarer Energien langfristig effizienter zu gestalten. Divergierende Nationale Fördersysteme verhindern dies derzeit. Technologieoffenheit bildet ein zentrales Element unserer Politik.

III. Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Angesichts der auch in Zukunft bestehenden Unterschiede im Energiemix der Mitgliedstaaten und dem erklärten Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien weiter auszubauen, kommt den Energiebinnenmärkten, insbesondere für Strom und Gas, künftig aber auch für CO₂, eine fundamentale Bedeutung zu. In dem Moment, in dem sich EU-weit die Vorteile des Energiebinnenmarktes nutzen lassen, werden die Verbraucher vom Wettbewerb auf der Anbieterseite profitieren. Dies erhöht die Versorgungssicherheit durch eine größere Vielfalt der im Markt befindlichen Energieanbieter.

Die Vollendung der Energiebinnenmärkte ist noch ein verhältnismäßig junges Projekt der EU, das erst in den 1990er Jahren an Fahrt aufgenommen hat. Obwohl das zweite Binnenmarktpaket, das zahlreiche Regelungen für die Liberalisierung, die Transparenz und den Verbraucherschutz vorsieht, in einigen Mitgliedstaaten noch nicht vollständig umgesetzt ist, haben Parlament und Rat 2008 bereits ein drittes Paket verabschiedet, das bis März 2011 umgesetzt werden muss.

Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit dem 2. Binnenmarktpaket und der noch ausstehenden Umsetzung des 3. Pakets, lehnt die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament weitergehende Rechtsakte zum jetzigen Zeitpunkt ab. Erst nach rund fünf Jahren zeigt die Umsetzung des 2. Pakets Wirkung. Entsprechend viel Zeit müssen wir auch dem 3. Paket einräumen. Vorher kann seine Wirksamkeit nicht beurteilt werden.

Eine weitere Sektoruntersuchung sollte daher nicht vor 2015 begonnen werden. Sie sollte auf Transparenz basieren und auch die Versorgungssicherheit berücksichtigen, insbesondere die Entwicklung der Netzausfälle und die Anzahl kritischer Netzsituati-

onen. Bereits heute sollte die Kommission allerdings die Auswirkungen der nationalen Fördersysteme für den Ausbau erneuerbarer Energien auf den Wettbewerb untersuchen.

Unabhängig von der Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets muss der Schutz der Verbraucher verbessert werden. Die Kommission sollte die endgültige Fassung der Charta der Energieverbraucherrechte endlich vorlegen. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt die meisten Forderungen dieser Charta. Insbesondere die Bereitstellung von Informationen über relevante Verbraucherrechte sowie der Erleichterung der freien Wahl der Strom- und Gasversorger stellen wichtige Meilensteine gerade auch unserer politischen Arbeit dar. Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips muss es jedoch im Rahmen der nationalen Sozialsysteme Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben, Strom/Gas an sozial Schwache bereitzustellen.

Bezahlbare Energiepreise für alle Verbraucher bilden ein wichtiges Ziel dieses Energiebinnenmarktes. Die CDU/CSU-Gruppe erkennt an, dass die Energiepreise im letzten Jahrzehnt so stark angestiegen sind, dass eine immer größere Zahl an Bürgern ihren Energiekonsum aus finanziellen Gründen einschränken muss. Auch viele Unternehmen werden so stark belastet, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Aus diesem Grund wird die CDU/CSU-Gruppe die Situation in der EU weiterhin beobachten und lehnt entschieden Forderungen nach Gegenmaßnahmen zu sinkenden Energiepreisen ab.

Sollten die Vollendung des Energiebinnenmarktes und die Erhöhung der Transparenz für Verbraucher nicht zu einer Besserung der prekären Lage zahlreicher Verbraucher beitragen, wird sich die CDU/CSU-Gruppe für Maßnahmen der EU einsetzen, die die Situation bei den Energiepreisen verbessern, zum Beispiel durch mehr Wettbewerb.

Die Vollendung der Energiebinnenmärkte bildet die Grundlage für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, für die Versorgungssicherheit und sie bildet auch ein wichtiges Element bei der Verhinderung von Energiearmut. Wir fordern die Mitgliedstaaten zur schnellen und ordentlichen Umsetzung der bestehenden Regeln auf, damit alle Verbraucher, insbesondere auch die Endverbraucher und der Mittelstand, rasch von ihnen profitieren.

Weitere Maßnahmen müssen wohl überlegt und die Konsequenzen ausführlich beleuchtet werden. Sich in ihrer Wirkung widersprechende Instrumente auf europäischer und nationaler Ebene sind unsinnig und teuer. Daher müssen die Folgeabschätzungen der Europäischen Kommission die Wechselwirkungen zwischen europäischen und nationalen Instrumenten künftig ausführlich beleuchten. Insbesondere im Bereich der Energiepolitik ist eine mittel- und langfristig ausgerichtete Politik wichtig. Aktionismus dagegen ist gefährlich.

IV. Infrastruktur

Ohne eine grenzüberschreitende Infrastruktur kann kein Binnenmarkt funktionieren. Dies gilt für Straßen und Gleise ebenso wie für Strom und Gas. Ohne den massiven Ausbau dieser Infrastruktur lassen sich auch die ambitionierten Ausbauziele für erneuerbare Energien nicht realisieren. Diese Infrastruktur darf auch nicht an den Außengrenzen der EU halt machen: Bereits heute importieren wir mehr als Hälfte unserer Energie aus Drittstaaten.

Die Europäische Kommission schätzt, dass in der kommenden Dekade rund € 1,1 Billionen in die Energieinfrastruktur investiert werden müssen. Diese Dimension ist vergleichbar mit der Wiederaufbauleistung in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Im Gegensatz zum Wiederaufbau muss die Bevölkerung jedoch heute von der Notwendigkeit dieser Investitionen, insbesondere von neuen Stromleitungen, überzeugt werden.

Grundvoraussetzung für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien auf einen Anteil von 20% am Energiemix bis 2020 und auf einen höheren Anteil in der Zukunft, ist das Vorhandensein moderner Netze sowohl auf der Verteil- als auch auf der Übertragungsebene. Schon heute haben wir in manchen deutschen Regelzonen wegen der hohen Einspeisung an Windenergie an über 150 Tagen im Jahr kritische Netzsituationen, in denen konventionelle Kraftwerke unter hohen Kosten aus dem Netz genommen werden müssen. Auch für die Vollendung des Strombinnenmarktes sind ein EU-weites Transportnetz und eine europäische Energiebörse unabdingbar. In einem ersten Schritt könnten regionalen Börsen aufgebaut werden.

Allein für den Ausbau der Netze bis 2020 sind Investitionen von rund € 200 Mrd. notwendig. Der Hauptteil dieser Investitionen muss auf das Stromnetz entfallen, um den wachsenden Anteil an schwankender Erzeugung aus Photovoltaik- und Windenergie in das Netz integrieren zu können.

Die Kommission geht davon aus, dass der Markt nur rund 50% dieser erforderlichen Investitionen tätigen wird und schlägt vor, die Lücke mittels EU-Geldern zu schließen. Die CDU/CSU-Gruppe fordert, über Alternativen nachzudenken. Sinnvoll und deutlich günstiger wäre z. Bsp. eine bessere Förderung der Eigenbedarfsdeckung, die die Netze spürbar entlasten würde. Hierzu gehören auch die Entwicklung und der Einsatz kleiner Stromspeicher, die bspw. in Haushalten eingesetzt werden können.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament erkennt grundsätzlich die Notwendigkeit dieser Investitionen an. Sie unterstützt zugleich die Forderung nach einer Co-Finanzierung einzelner Projekte durch die EU, sofern diese Infrastrukturprojekte einen deutlich messbaren europäischen Mehrwert für die Versorgungssicherheit und die Netzstabilität darstellen, den Wettbewerb nicht verzerren, und berechtigte Aussicht besteht, dass sich die neue Infrastruktur unter Achtung von Unionsrecht wirtschaftlich betreiben lässt.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt ausdrücklich die Diversifizierungsbemühungen hinsichtlich der Importe von Strom und Gas. Für die CDU/CSU-Gruppe ist es aber selbstverständlich, dass Investitionsentscheidungen von Unternehmen zu treffen sind. Sie sind es, die mögliche finanzielle Risiken, künftige Verbrauchsentwicklungen und Absatzchancen abschätzen und das Kapital aufbringen müssen.

Ein Instrument zur Erhöhung unserer Versorgungssicherheit ist die Ausdehnung der EU-Binnenmarktregeln auf unsere Nachbarstaaten und die Schweiz. Vor allem in den Ländern Südosteuropas hilft die Übernahme der EU-Regeln zugleich bei der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas. Die CDU/CSU-Gruppe befürwortet daher die Ausdehnung der Energiegemeinschaft Südosteuropa und schlägt vor, die Integration voranzutreiben. Aber die EU muss dabei stets deutlich machen, dass es sich hierbei nicht um eine Beitrittsperspektive zur EU handelt.

Der Ausbau des Strombinnenmarktes und die Integration des EU-Netzes mit den Netzen der Nachbarstaaten dürfen aber nicht zu einem Import an Netzausfällen führen.

Die deutschen Stromnetze gehören hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit zu den besten weltweit. Je weiter die Vernetzung und der grenzüberschreitende Stromhandel voranschreiten, desto mehr steigt die Gefahr, Instabilität zu importieren. Der Ausbau des Binnenmarktes kann daher nur erfolgen, wenn auch die Betreiber in anderen Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen und eine ähnlich hohe Sicherheit gewährleisten.

Wie auch bei den Breitbandnetzen geht die Privatisierung der Netzstruktur einher mit der Gefahr einer Konzentration der Investitionen auf Ballungsräume. Schon aus Gründen der Energieversorgungssicherheit müssen wir dieser Gefahr entgegenwirken. Nationale Regulierungsagenturen müssen dies bei ihrer Tätigkeit und ihrer grenzüberschreitenden Kooperation stärker berücksichtigen. Gleiches gilt für die Opportunitätskosten der nötigen Investitionen in den Netzausbau.

Die CDU/CSU-Gruppe sieht der Dauer der Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte, die in einigen Mitgliedstaaten bis zu 20 Jahren betragen können, mit Sorge. Sie begrüßt daher die Initiative der Europäischen Kommission, für grenzüberschreitende Projekte eine Beschleunigung zu erzielen. Diese Bemühungen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass nationale wie europäische Umweltverträglichkeits- und Sicherheitsprüfungen sowie die Beteiligung der Bürger ausgehebelt werden. Auch der Rechtsweg für betroffene Bürger muss gewahrt werden. Zielführend sind vielmehr eine Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren und eine Beschleunigung der juristischen Überprüfungen.

Mit Sorge verfolgt die CDU/CSU-Gruppe die zunehmenden, oftmals politisch befeuerten Protestbewegungen gegen Infrastrukturprojekte auf lokaler und regionaler Ebene. Sie stellt fest, dass diese Opposition die Erreichung der politischen Ziele in mindestens ebenso großem Maße gefährdet, wie überlange Genehmigungsverfahren und Finanzierungsschwierigkeiten und fordert Politiker aller Parteien auf allen Ebenen auf, den Bürgern die Notwendigkeit neuer Infrastrukturprojekte in aller Klarheit zu erklären.

Intelligente Netze wie Zähler sowie Haushaltsgeräte können helfen, die Belastungen der Netze zu reduzieren. Ferner schaffen sie Transparenz und verringern Investitionsbedarf für Spitzenlast, was Einsparungen beim Strompreis mit sich bringt. Durch die

Verzahnung von Telekommunikationsprozessen und intelligente Zählertechnik, an dessen Ende das Modell „Delivery-by-Call“ steht, kann zudem der Wettbewerb auf dem Strommarkt intensiviert werden.

Aus diesem Grund spricht sich die CDU/CSU-Gruppe grundsätzlich für den Ausbau dieser Technologien aus. Allerdings muss der Datenschutz gewährleistet sein. Hier sieht die CDU/CSU-Gruppe erheblichen Handlungsbedarf sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf EU-Ebene. Ferner darf der Ausbau nicht pauschal mit dirigistischen Maßnahmen erfolgen. Vielmehr sollten intelligente Systeme dort eingesetzt werden, wo die zusätzlichen Kosten sich auch rasch durch Einsparungen amortisieren. Nicht für Jedermann sind intelligente Zähler sinnvoll - vor allem, wenn zur Erzielung einer Kostenersparnis der Erwerb neuer Haushaltsgeräte nötig ist. Entscheidend für den Erfolg dieser Systeme ist die Schaffung eines Marktes. Aufgabe der Politik ist lediglich die Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen.

Ohne hohe Investitionen in die Infrastruktur kann die Energiewende nicht gelingen. Ein solch umfangreicher Umbau zieht unweigerlich Mehrkosten für die Verbraucher nach sich. Dies muss klar kommuniziert werden und die Mehrkosten sind so gering wie möglich zu halten. Regulatoren müssen Rückstellungen bei Energieunternehmen für Investitionen in Infrastruktur erlauben. Wo günstigere Alternativen vorhanden sind, setzt sich die CDU/CSU-Gruppe dafür ein, dass diese auch bevorzugt werden. Grundsätzlich sind marktwirtschaftliche Instrumente zu bevorzugen. Dies bedeutet, dass Investitionsentscheidungen auch dem Markt überlassen werden müssen und die Politik einzelne Projekte zum Beispiel in strukturschwachen oder ländlichen Regionen lediglich politisch und in Ausnahmefällen auch finanziell unterstützen sollte.

V. Energieeffizienz und Einsparung von Energie

Die Steigerung der Energieeffizienz verringert den Energiebedarf, der zur Herstellung eines bestimmten Produkts oder für die Bereitstellung einer gewissen Dienstleistung nötig ist. Energieeffizienz ist daher in Zeiten steigender Energiepreise bei vergleichbarer Qualität von Konkurrenzprodukten in Drittstaaten und unter dem Gesichtspunkt des steigenden Verbrauchs und der begrenzten Ressourcen eine entscheidende Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt. Schon heute liegen die

Energiepreise in der EU im Schnitt um 40% über denen der USA und 2,5 Mal so hoch wie in China. Energieeffizienz wird künftig noch wichtiger.

Die CDU/CSU-Gruppe erkennt an, dass die Industrie in Europa die Effizienz in den letzten Jahrzehnten bereits deutlich erhöht hat. Wichtig für eine weitere Steigerung der Energieeffizienz ist ein kluger Instrumentenmix bestehend zum Beispiel aus Unterstützung der Forschung und der Markteinführung, unter anderem bei neuen Techniken und Materialien sowie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz sind bereits heute ein großer Markt insbesondere für den Mittelstand.

Die CDU/CSU-Gruppe geht von einem mündigen Verbraucher aus. Ziel der EU sollte es somit nicht sein, dem Verbraucher vorzuschreiben, welche Produkte er kaufen darf. Der mündige Verbraucher ist vielmehr auf die Verfügbarkeit von Informationen angewiesen, die ihm eine eigene Entscheidung erlauben. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich daher, unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstands, für eine Kennzeichnung des Energieverbrauchs und gegebenenfalls anderer Eigenschaften ein. Dies schließt aber in anderen Bereichen der Energiepolitik die Festsetzung auch ambitionierter Standards nicht aus, sofern sie Innovationen fördern und ein kostengünstiges Instrument zur Erreichung der Ziele darstellen. Bei der Erarbeitung der Standards müssen aber alle relevanten Aspekte, zum Beispiel auch die Lage der KMU, berücksichtigt werden.

Beim öffentlichen Beschaffungswesen sollte Energieeffizienz ein Kriterium unter anderen sein. Entscheidend muss weiterhin die Abwägung aller Faktoren, auch der Betriebs- und Reparaturkosten, bleiben. Diese Aufgabe kann die EU den zuständigen Ämtern und Behörden nicht abnehmen. Weitergehende EU-Vorgaben lehnt die CDU/CSU-Gruppe daher ab.

Ein riesiges Potential für die Verbesserung der Energieeffizienz, ebenso wie für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien, bietet der Gebäudebereich, der für rund 40 Prozent des Energiebedarfs verantwortlich ist. Wir fordern, dass der Energieverbrauch in Gebäuden stärker in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt wird.

Mieter und Eigentümer werden künftig durch die Energieausweise über Beratungsstellen in ihrer Nähe informiert. Dies ist eine wichtige Neuerung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Eine Beratungspflicht lehnt die CDU/CSU-Gruppe weiterhin ab. Gleiches gilt für gesetzlich vorgeschriebene Effizienzmaßnahmen. Mit der aktuellen Regelung, nach der bei umfangreichen Renovierungsarbeiten auch für den Rest des Gebäudes Mindestenergiestandards erfüllt werden müssen, ist nach Ansicht der CDU/CSU-Gruppe die Grenze des rechtlich Machbaren erreicht. Allenfalls für Gebäude der öffentlichen Hand sind weitergehende Vorgaben denkbar, wenn entsprechende Finanzierungsinstrumente existieren. Wichtiger als verbindliche Effizienzziele für Gebäude sind neue Finanzierungsmodelle für Energieeffizienzmaßnahmen.

Insbesondere in den großen Städten, aber auch im ländlichen Raum, besteht erhebliches Energieeinsparpotenzial und existieren unterschiedlichste Möglichkeiten zur Steigerung von Energieeffizienz. Die CDU/CSU-Gruppe fordert die Nutzung dieser Potentiale und begrüßt entsprechende Initiativen.

Die CDU/CSU-Gruppe erkennt an, dass Energieeffizienztechnologie alleine nicht zur gewünschten Reduzierung des Energieverbrauchs führen werden. Daher sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Bei der Umsetzung des Zieles setzen wir allerdings nicht auf regulatorische Maßnahmen, die jeden einzelnen Bürger und jedes einzelne Unternehmen binden, sondern auf koordiniertes Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten, vor allem durch gezielte Anreize.

Gegenwärtig unternehmen nicht alle Mitgliedstaaten ausreichende Anstrengungen, um das Energieeffizienzziel von 20 Prozent zu erreichen. Es muss jedoch ein Weg gefunden werden, der sicherstellt, dass alle Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen in ihren Verantwortungsbereichen steigern, damit die Ziele erfüllt werden. Dazu sollten die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, beispielsweise Änderungen im Mietrecht, Steuerrecht, bei der Kreditvergabe oder direkten Anreizen.

Entscheidend sind aber auch Verhaltensänderungen der Bürger, die zu realen Einsparungen führen. Hier besteht allein im Bereich der Gebäudeheizung Schätzungen zufolge ein Einsparpotenzial von über 10%. Die Förderung des bewussten Umgangs mit Energie ist somit eine wichtige Aufgabe der Politik. Sie muss vor allem auf lokaler

Ebene erfolgen. EU-einheitliche Vorgaben zur Energiekennzeichnung und EU-Bildungsprogramme können bei dieser Bewusstseinsbildung aber helfen. Außerdem kann die Europäische Union durch den Austausch von best practice einen Beitrag leisten.

EU-einheitliche Vorgaben zur Energiekennzeichnung können bei dieser Bewusstseinsbildung helfen. Die eigentliche Arbeit muss hier aber auf lokaler Ebene erfolgen.

Die Einsparung von Energie sollte mindestens gleichberechtigt mit dem Ausbau der Kapazitäten sein. Denn während der Ausbau von Kapazitäten, sei es zur Übertragung oder zur Erzeugung von Energie, Kosten verursacht, verhindert die Energieeinsparung Belastungen. Einsparungen sind zudem oft bereits durch Verhaltensänderungen zu erzielen. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt daher die Aufklärung der Verbraucher über den Energieverbrauch bestimmter Produkte. Die Steigerung der Effizienz ist eine Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und des Mittelstands. Daher müssen die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung für die Steigerung der Energieeffizienz durch wirksame nationale Maßnahmen gerecht werden. Die CDU/CSU-Gruppe zieht dies verbindlichen Energieeffizienzzielen vor.

VI. Energieforschung

Zahlreiche Mitgliedstaaten investieren Milliarden in die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien - und damit deutlich mehr als in die Steigerung der Energieeffizienz, in die Senkung des Energieverbrauchs oder auch in die Energieforschung. Dabei kommt der Energieforschung eine Schlüsselrolle zu. Hierzu zählt nicht nur die Erforschung neuer Materialien, beispielsweise effizienterer Dämmstoffe oder neuer korrosionshemmender Lacke für Offshore-Windkraftanlagen, sondern auch die Forschung an neuen Netzen oder an alternativen Energieerzeugungsverfahren wie beispielsweise die Kernfusion.

Einige Mitgliedstaaten der EU gehören im Bereich der Energieforschung zu den führenden Nationen der Welt. Geschickte Forschungsförderung kann dazu beitragen, dass in der EU ansässige Unternehmen auch künftig innovative Lösungen entwickeln und

vermarkten können. Dies setzt allerdings auch den Schutz geistigen Eigentums voraus. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich für einen effektiven Schutz von Patenten ein.

Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt den Plan zur Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen (SET-Plan) und setzt sich zugleich für eine Forschungspolitik ohne Scheuklappen ein. So ist auch die Forschung an nuklearen Abfällen wichtig. Transmutationsforschung ist hier nur ein wichtiges Forschungsfeld für die Zukunft. Nach dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist das Transmutationsverfahren einsatzbereit für die Praxis. Die CDU/CSU-Gruppe befürwortet den Einsatz dieses Verfahrens für die Kernenergienutzung. Mit Sorge sieht die CDU/CSU-Gruppe, dass immer mehr Lehrstühle im Bereich der traditionellen Energieträger abgebaut werden. Dabei zeigt gerade auch der Erfolg von Schieferferngas in den USA, dass hier große Potentiale vorhanden sind. Solche existieren auch bei der Ölförderung und könnten sogar genutzt werden, um besonders schwierige Tiefseebohrungen zu ersetzen.

Energieforschung bildet den Schlüssel für die Lösung zahlreicher Zukunftsprobleme. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt eine technologieoffene Forschungspolitik als Ergänzung zu den nationalen Forschungspolitiken. Sie unterstützt ausdrücklich auch die Kernforschung, bei der die EU einen der weltweiten Spitzenplätze einnimmt und die Fusionsforschung.

VII. Schluss

Hinsichtlich des langfristigen Energiekonzepts setzt sich die CDU/CSU-Gruppe für mehr Realismus und Technologieoffenheit ein. Die Zukunft erneuerbaren Energien hängt in erster Linie von ihrer Wettbewerbsfähigkeit ab. Entscheidend ist hierbei eine Betrachtung der gesamten Versorgungskette, einschließlich der Back-up-Kapazitäten und der Stromspeicher. Ferner verschließt sich die CDU/CSU-Gruppe nicht dem Gedanken, dass in Zukunft neue Technologien eine sicherere, nachhaltige und preisgünstige Versorgung ermöglichen können.

Für die CDU/CSU-Gruppe bildet die Wahrung einer Balance zwischen den drei energiepolitischen Zielen, zwischen supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen Maßnahmen sowie zwischen visionären langfristigen und realistischen kurz- und mit-

telfristigen Zielen die Grundlage für alle energie- und klimapolitischen Entscheidungen. Sie ist der festen Überzeugung, dass nur auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und damit die Grundlage für den Wohlstand der Bürger in der Europäischen Union langfristig gewährleistet werden kann. Gerade angesichts ihres großen Beitrags zu Forschung und Innovation muss die energieintensive Industrie ebenso eine Zukunft in der EU haben wie andere Industriezweige. Europäische Politik muss zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in allen Branchen beitragen. Dies bildet auch die beste Gewähr gegen jede Form von Armut.

Die CDU/CSU-Gruppe fordert eine ganzheitliche Betrachtung der Energiepolitik. Nur auf diese Weise können Widersprüche frühzeitig erkannt werden. Nur dann kann eine verantwortungsvolle Politik für die Zukunft gelingen.